

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dirk Herber (CDU)

Juristisches Staatsexamen

Die Durchfallquote im juristischen Staatsexamen ist in den vergangenen Jahren dauerhaft angestiegen. Viele Jurastudenten klagen über zu hohe Belastungen und nicht erfüllbare Erwartungen. Nordrhein-Westfalen hat hierauf mit einer dreimonatigen Staffelung der Prüfungen des Staatsexamens reagiert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Strukturveränderung der Prüfungen des juristischen Staatsexamens in Rheinland-Pfalz wie beispielsweise nach dem NRW-Modell strebt die Landesregierung an?
2. Wenn nein, wieso wird keine Veränderung der Struktur angestrebt?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Qualität des Angebots der hochschuleigenen Repetitorien in Anbetracht der steigenden Nachfrage nach privaten Repetitorienangeboten und den damit verbundenen hohen Eigenkosten?
4. Wird eine Neugestaltung des Themenkatalogs für die Prüfungen des juristischen Staatsexamens angestrebt, um eine landesweite Einheitlichkeit und Aktualität herzustellen?
5. Wie beurteilt die Landesregierung das Niveau des rechtswissenschaftlichen Studiums in Rheinland-Pfalz in Anbetracht der Fairness gegenüber den Niveaus anderer Länder bei der Nutzung von sogenannten Ringklausuren im juristischen Staatsexamen?
6. Wie beurteilt die Landesregierung die Breite der juristischen Notenskala in Anbetracht deren geringer vollumfänglicher Nutzung?
7. Wie beurteilt die Landesregierung den Mangel der Möglichkeit zur Erlangung eines berufsqualifizierenden Abschlusses für endgültig durch das juristische Staatsexamen gefallene Studenten auf Basis ihres bisherigen Studiums?

Dirk Herber